Staatskanzlei

Information

Rathaus / Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 70

Telefax 032 627 22 75

kanzlei@sk.so.ch

www.so.ch

Medienmitteilung

Ja mit Vorbehalten zum Verbot von sexuellen Verstümmelungen

Solothurn, 16. Juni 2009 - Der Regierungsrat begrüsst in seiner Vernehmlassungsantwort an den Bund grundsätzlich die vorgeschlagene Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches, welche die Einführung eines Verbots von sexuellen Verstümmelungen bezweckt. Er spricht sich aber gegen eine ausdehnende Interpretation des Begriffs "Verstümmelung" aus.

Verstümmelungen weiblicher Genitalien sind gravierende Menschenrechtsverletzungen. Das aktuell zur Verfügung stehende strafrechtliche Instrumentarium zeigt als Mittel zur Bekämpfung der sexuellen Verstümmelung nicht die gewünschte Wirkung. Des Weiteren haben die vielfältigen Bemühungen auf der Ebene der Sensibilisierung und Prävention nicht zu einer signifikanten Verbesserung der Situation geführt.

Der Regierungsrat begrüsst die Einführung des neuen, spezifischen Straftatbestandes der Verstümmelung weiblicher Genitalien. Mit der Einführung sollen die mit der heute geltenden, nicht für alle Formen von Genitalverstümmelung einheitlichen

Rechtslage einhergehenden Abgrenzungs- und Beweisschwierigkeiten überwunden und ein eindeutiges Signal der Ächtung dieser gravierenden Menschenrechtsverletzungen gesetzt werden.

Künftig soll zudem eine im Ausland begangene Verstümmelung weiblicher Genitalien in der Schweiz auch dann bestraft werden können, wenn sie am Tatort nicht strafbar ist.

Eine Anwendung der neuen Strafbestimmung auch auf harmlosere Formen von Veränderungen an weiblichen Genitalien wie Piercings würde nach Meinung des Regierungsrats aber klar über das Ziel hinaus schießen, durch Beschneidung begangene Menschenrechtsverletzungen zu ahnden.

Weitere Auskünfte erteilt:

Franz Fürst, Bau- und Justizdepartement, Chef Rechtsdienst Justiz, 032 627 27

01